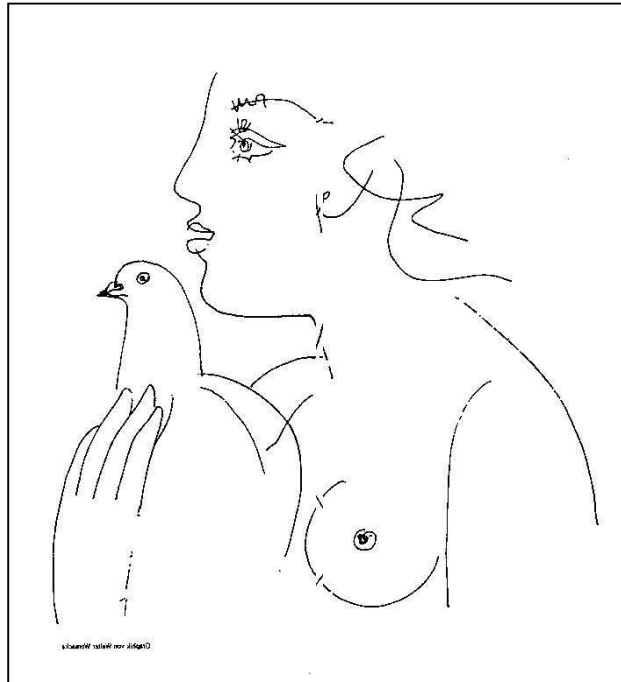


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 43



Quo vadis, Russland 2008

von

Bruno Mahlow

Redaktionsschluss: Mai 2008

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

In der ersten Hälfte des Jahres 2008 fanden in Russland Parlamentswahlen und die Wahl eines neuen Präsidenten statt. Sie genossen nicht die gleiche spektakuläre Aufmerksamkeit wie Wahlen in der Vergangenheit. Dennoch ist ihnen eine besondere Bedeutung als einem Einschnitt in der bisherigen Entwicklung des russischen Parlamentarismus und damit des politischen Systems der Russischen Föderation beizumessen. Die Medien hierzulande verbanden diese Ereignisse mit den üblichen Spekulationen, vor allem wegen der Tatsache, dass Wladimir Putin auf Grund der Verfassung nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren konnte. Heute ist klar, dass an der Spitze Russlands ein Tandem mit Medwedjew als Präsident und Putin als Ministerpräsident steht.

Beides fordert zu Betrachtungen über die heutige Verfasstheit der russischen Gesellschaft heraus.

Dem formal-parlamentarischen Parteiensystem scheinbar ein Stück nähergekommen

Die Parlamentswahlen fanden erstmalig ausschließlich nach Parteilisten, d.h. ohne unabhängige Kandidaten, ohne das Recht „gegen alle“ zu stimmen, ohne Wahlblockbildung statt. Die Parteien hatten statt der 5%igen diesmal eine 7%ige Hürde zu überwinden.

Die Wahlbeteiligung lag bei 64% und war damit höher als 1999, aber dennoch unter den erwarteten 70%, - mit anderen Worten: 40 Millionen Bürger nahmen nicht an der Wahl teil. Von den vier zugelassenen Parlamentsparteien sind drei Parteien – „Einheitliches Russland“ (64,1% = 315 Sitze); die LDPR Shirinowskijs (8,2% = 38 Sitze); „Gerechtes Russland“ (7,8% = 37 Sitze) als regimetreue Pro – Putin – Parteien anzusehen. Der KPRF gaben 8 Millionen Wählern ihre Stimme (11,6% = 57 Abgeordnete) und sie bleibt die einzige Oppositionspartei. Im Wahlkampf ist die KP einer massiven antikommunistischen Kampagne ausgesetzt gewesen. Viele ihrer politischen Positionen und Wahlkampflosungen wurden skrupellos, in verfälschender Art und Weise von anderen Parteien übernommen.

In dieser Hinsicht hatten sich besonders die Partei „Gerechtes Russland“ und ihr Vorsitzender Mironow hervorgetan. Dieser bezeichnete seine Partei als sozialdemokratisch und spekulierte aktiv mit Elementen

ten des sogenannten „Sowjetismus“, der „Sowjetheit“, der „Sowjetkostj“ (da alles Sowjetische nicht zerstört und aus dem Volksgedächtnis getilgt werden konnte, sahen sich maßgebliche Teile der russischen Elite, einschließlich des Präsidenten gezwungen, an Errungenschaften und Traditionen der Sowjetperiode anzuknüpfen und diese für ihr politisches Vorgehen zu nutzen).

Eine eindeutige Niederlage mussten die übrigen sieben Parteien, insbesondere die Rechtsliberalen hinnehmen.

Die Wahlergebnisse wurden wesentlich von solchen Faktoren bestimmt wie

- einer relativen Stabilisierung infolge der Sicherung der Integrität des Landes,
- der Stärkung der russischen Staatlichkeit und des Patriotismus,
- Zuwachsraten im Wirtschaftssektor auf Grund hoher Rohstoffpreise.
- Maßnahmen zur Stärkung und Förderung der Machtstrukturen (Armee, Innenministerium, Sicherheitsorgane) und zur sozialen Befriedung.

Auch der Verzicht alter und neuer Eliten auf einen „Kampf aller gegen alle“ trug zur Konsolidierung der Lage bei.

Praktisch wurden die Parlamentswahlen bereits vor den Wahlen entschieden, indem diese zu einem Referendum für Putin und seinen Kurs umfunktioniert wurden.

Insgesamt aber scheint Russland nach diesen Wahlen bei Beibehaltung des bisherigen Kurses einem formal-parlamentarischen Parteiensystem ein Stück nähergekommen zu sein. Ein solches Ziel sowie die Evolution der KPRF in eine Partei westeuropäischen d. h. sozialdemokratischen Typs hatte Putin bereits in einem seiner ersten Interviews im Jahre 2008 verkündet.

Die erwarteten Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen mit der Tandemvariante Medwedew/ Putin offenbaren einmal mehr das Festhalten am bisherigen Kurs und an Putin als derzeit optimaler Führungsfigur. Die Tandemvariante könnte sich jedoch auch als auf die Dauer schwacher Kompromiss zwischen den Kremlleuten erweisen. Das Streben auf diese Weise solche Ziele wie - Putins Position, seinen Kurs und

die Lage stabil zu halten, die Verfassung nicht zu verletzen, sowie genügend Spielraum zum Manövrieren zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu sichern - gleichzeitig zu verfolgen, könnte auch zu einem unberechenbaren Konflikt mit Langzeitzündung werden. Zumal sich auf die Dauer nicht alle sozialen Spannungen, gesellschaftliche Widersprüche und personelle Ambitionen und Rivalitäten überlisten lassen.

Herausbildung einer neuen Ordnung?

Oft- und wiederum im Zusammenhang mit der Bewertung der Wahlen im März 2008 - wird die Frage gestellt, ob sich nicht in Russland eine neue Ordnung herausgebildet hat, die maßgeblich von den beiden Amtszeiten Putins als Präsident geprägt ist.

Es wäre verfrüht, den Prozess der Herausbildung einer neuen Wirtschaftsordnung und des Übergangs zu einem neuen politischen System bereits als abgeschlossen zu betrachten. Schneller ist etwas zerstört als etwas Neues aufgebaut. Wie immer gilt es, nicht nur Erklärungen, Dokumente, einzelne Ergebnisse und Ereignisse zu beurteilen, sondern die realen Prozesse, Probleme und Widersprüche in der russischen Gesellschaft und Außenpolitik zu analysieren. Dazu gehört auch das Abwägen von objektiv unvermeidlichen Veränderungen zur Abwendung eines Zusammenbruchs des Staates und der tatsächlichen langfristigen Lösungen zur Stabilisierung und Modernisierung der Gesellschaft. Für Russland bedeutet dies nach den Wirren der westlichen Schocktherapie und dem Jelzin-Chaos auch das Suchen eines eigenen Entwicklungsweges. Die Demontage der UdSSR zerstörte auch die russische Staatlichkeit, zersetzte die Macht- und Eigentumsverhältnisse und funktionierte gleichzeitig einen Großteil der Machtstrukturen um

(z. B. den Funktionärs- zum Beamtenapparat, die Wirtschaftsstrukturen, den ingenieur-technischen Apparat). Die willkürliche Schaffung von Kooperativen und Aneignung von Staatseigentum erfolgten ohne Gesetz und hatten die Herausbildung einer prowestlich orientierten Oligarchenschicht mit mafiosen Auswüchsen zur Folge. Die weitere Existenz des russischen Staates stand auf dem Spiel. Es gehörte zumindest für einen Teil mehr oder weniger patriotisch eingestellter Oligarchen und der politischen Elite – angesichts der Risiken für das ei-

gene Überleben – nicht viel dazu, diese Gefahren zu erkennen. Insofern sind die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Russland eine Widerspiegelung der Differenzierung in der politischen Elite, einer Umverteilung der Kommandohöhen in Politik und Wirtschaft durch eine gewisse Entpolitisierung der Oligarchen infolge ihrer größeren Distanz zu politischen Machthebeln und der Verhinderung ihres Monopolanspruchs über die Massenmedien.

Dafür gibt es jetzt jedoch eine enge Symbiose staatlichen Beamtentums mit der Wirtschaft. Wie lange wird diese Verbindung ohne Ausbruch von inneren Rivalitäten und Machtkämpfen halten?

Wie wird sich das Parteiensystem an die Vorstellungen in der Bevölkerung anpassen können (erneut eine Art Staatspartei wie die KPdSU und eine lediglich formale Opposition)? Inwieweit kann die in Aussicht genommene Einvernehmlichkeit zwischen Präsident und Regierungschef sowie deren Apparaten halten?

Zusammengefasst handelt es sich um eine noch unfertige soziale Struktur der russischen Gesellschaft, mit den nationalen Republiken als ausgesprochene Problemzonen; mit einem Wirtschaftssektor, in dem z. Zt. nur 20% des BIP entsteht, dessen größter Teil auf den Rohstoffeinsatz zurückzuführen ist, der auf die Dauer angesichts der zunehmenden Verschleißerscheinungen und Kostenexplosion in bisherigen Ausmaßen nicht beibehalten werden kann; mit einer schwachen Verarbeitungsindustrie; mit einem enormen Rückstand in der Hochtechnologie und in der Infrastruktur; mit einer arg geschrumpften Landwirtschaft; mit einer hohen Inflationsrate und steigenden Miet- und Immobilienpreise, von denen die erreichten sozialen Zugeständnisse aufgebraucht werden.

Damit sind soziale Spannungen vor programmiert. Das sie bisher landesweit noch nicht ausgebrochen sind, sondern in halbwegs gelenkte Bahnen gelenkt wurden, ist neben der massiven Massenmanipulierung und sozialen Demagogie auch auf die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und die gespaltene Linke zurückzuführen. Unverkennbar ist auch die Tatsache, dass im gesellschaftlichen Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung sich die Konsumgesellschaft als das gegenwärtige Ideal festgesetzt hat. Viele Bürger erkennen zwar das herrschende Gesellschaftssystem als ungerecht an, sehen dazu jedoch keine Alternative und passen sich an. Dies trifft zum Teil auch auf die ältere Generation zu, die zwar für die Enteignung der Oligarchen ist, sich jedoch im

Vergleich zur Jelzin-Zeit nach dem Transformationsschock sicherer fühlt. Unter der jüngeren Generation wirkt das Bestreben, ebenfalls reich zu werden und sich die dafür geeigneten Spielregeln anzueignen.

Ehrgeizige Ziele

In seiner Rede vor dem Staatsrat, unter Teilnahme großer Teile der Administration und des Beamtenapparates, sowie auf seiner letzten Pressekonferenz als Präsident zeigte sich Putin überaus zuversichtlich, bis zum Jahr 2020 bzw. auf manchen Gebieten schon früher Russland zu einem der fünf führenden Wirtschaftsmächte zu entwickeln. Die schnelle Verdoppelung des BIP steht für ihn ebenso außer Zweifel wie die Realisierung der nationalen Programme im Gesundheitswesen, Bildung, Agrarsektor, Wohnungsbau, bei der Entwicklung von Hochtechnologie, einer beschleunigten Innovation und Modernisierung auf allen Gebieten, der Entbürokratisierung, der Förderung des kleinen und mittleren Unternehmertums. Auffallend in den Ausführungen Putins war seine wiederholte Betonung des menschlichen Faktors, der Qualität des Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung. Offensichtlich offenbarten sich hier der Einfluss von Elementen des „Sowjetismus“ im Bewusstsein der russischen Gesellschaft, der Druck der linken Opposition, der sozialen Spannungen, sowie Putins Vorstellungen von einer sozialen Marktwirtschaft. Für ihn stellt sich die Entwicklung von 60 - 70% der russischen Gesellschaft zur Mittelklasse als Hauptaufgabe in der sozialen Sphäre dar. Die Anleihe bei Ludwig Erhard's 2/3 Gesellschaft scheint hier unverkennbar, zumal diese Vorstellung bereits in den 90er Jahren in Russland sehr verbreitet war.

In ihrer Zuversicht stützen sich Putin und die offizielle Propaganda vor allem auf folgende Zahlen aus dem Jahr 2007:

- Ökonomisches Wachstum - 8,1%,
- Industrieproduktion mit einer Wachstumsrate von 4% auf 6,3%,
- Investitionen ins Grundkapital sind um 21% gewachsen;
- die reine Kapitalzufuhr nach Russland betrug 82,3 Mrd. US\$;
- die Goldreserven liegen bei 478,6 Mrd. US\$,
- der Stabilitätsfond umfasst 3,84 Billionen Rubel;
- das Realeinkommen wuchs um 10,4%,
- der reale Arbeitslohn um 16,2%,
- die reale Rente um 3,8%,

- die Inflationsrate betrug statt der angenommenen 8,5% → 11,9%,
- die Zahl der Arbeitslosen liegt bei 4,3 Millionen,
- Erstmals in den letzten 15 Jahren erhöhte sich die Geburtenzahl, der Anteil des 2. und 3. Kindes erhöhte sich von 33% auf 42%.
- während im Jahr 2000 30% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebte, waren es 2007 unter 14%.

Soweit die Daten, die einerseits den Erfolg von Putins Präsidentschaft nachweisen und andererseits die Grundlage seiner Zukunftsgewissheit darstellen sollen.

..... und die realen Fakten

Das reale Bild von Gegenwart und Zukunft der russischen Gesellschaft ist sicherlich differenzierter zu betrachten. Schließlich gilt es alles vor dem Hintergrund der Zerstörung der UdSSR und ihrer Wirtschaft, der Folgen der Schocktherapie und des liberal – reformistischen Kurses zu bewerten.

Zunächst sei auf den real produzierenden Sektor der Wirtschaft verwiesen, der nur 30% Anteil am BIP hat, alles andere geht auf Kosten der hohen Rohstoffpreise und von Finanzoperationen. Und selbst im Rohstoffsektor, in der Stahl- und Walzstahlproduktion ist bis 2006 das Niveau aus UdSSR- Zeiten nicht erreicht worden.

Dazu kommen: der Niedergang des Maschinenbaus (z. B. beträgt die Produktion von Zerspanungsmaschinen 1/15 des UdSSR-Niveaus), werden statt hundert Tausenden von Traktoren und Landmaschinen nur neun bis elftausend produziert, statt Hunderten von Flugzeugen nur 6 - 10, nur Dutzende E- Loks statt Hunderte, nur einzelne Schiffe. Die Fleisch- und Milchproduktion sank um das zweifache.

Ein gesellschaftlicher Schwerpunkt ist die katastrophale Situation auf dem Lande, hervorgerufen in erster Linie durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Sie betrifft rund 40 Millionen Menschen.

Nicht weniger brisant sind die ungelösten Probleme der Jugend, ihre Perspektiven, ihres Zugangs zu Wohnraum und sozialen Absicherung im Alter.

Das Lebensniveau der Bevölkerung sank im Vergleich zu 1990 um das Zweieinhalbfache. Von den 74 Millionen arbeitsfähigen Bürgern

verdienen 55 Millionen weniger als 5.000 Rubel monatlich (statt mindestens 10.000 – 12.000 Rubel als Mindestlohn.) Die Durchschnittsrente beträgt 3.000-3.500 Rubel und ist um das Doppelte kleiner als die Ausgaben für einen Gefängnisinsassen. Zurzeit macht die Rente 24% des Durchschnittslohnes aus. Ein m² Wohnraum kostet z. Zt. 2.500 US\$ (Quellen - „Prawda“ vom 18/19 Dezember 2007 und vom 18/21 Januar 2008).

Zur sozialen Lage veröffentlichte das Allrussische INFORMATI-ONSZENTRUM FÜR ÖFFENTLICHE MEINUNG (ein staatliches Unternehmen) u. a. folgende Umfrageergebnisse:

- Bettler, die hungern = 9% (vor 8 Jahren = 33%),
- Reiche, denen es für alles reicht = weniger als 1%.
- Angehörige des Mittelstandes, die mit ihrem Geld, bis auf die Anschaffung eines PKW, einer Wohnung und einer Datscha auskommen = 12%
- Größte Gruppe, die genügend Geld für Essen und Kleidung, jedoch nicht für Haushaltstechnik und andere Güter aufwenden kann = 42%, darunter Arme, die Probleme mit der Anschaffung von Kleidung haben = 32%.
- Ohne Antwort auf die Frage: Wofür reicht das Geld? = 4%.

Und all dies trotz des Reichtums Russlands, dessen Naturreichtümer in ihrem Wert pro einzelnen Bürger 160.000 Dollar ausmachen, gegen 16.000 \$ in den USA und 6.000 \$ in Europa

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Fragen, mit denen Wähler die neugewählten Dumaabgeordneten konfrontierten, so u.a.

- Warum wird die Korruption nicht zum Hauptfeind Nr.1 erklärt?
- Warum wird russisches Eigentum von ausländischen Unternehmen aufgekauft, was der inneren Konkurrenz, den kleinen und mittleren Unternehmen schadet?
- Warum werden viele Wirtschaftssektoren und Märkte unter einigen Monopolen verteilt und der Präsident und die Regierung können dies nicht regeln ohne noch größere Preiserhöhungen?
- Warum lässt die reale Inflationsrate nichts von den Gehalts- und Rentenerhöhungen?

- Warum solch große Freiräume für die Ausfuhr russischen Kapitals ins Ausland, inklusive in NATO-Länder, und dann sollen wir auch noch ausländische Investoren gewinnen?
- Warum entrichten ob Oligarch, ob Arzt beide den gleichen Steuersatz von 13%, obwohl sich die Einkünfte millionenfach unterscheiden?
- Warum hat sich die an sich schon geringe Unterstützung bei Erweiterung neuen Wohnraums in der letzten Zeit um das Fünffache verringert?
- Weshalb muss der Bürger bei Verkauf eines Gebrauchtwagens Steuern zahlen?
(Quelle: „Argumenty i Fakty“ 50/ 2007)

Allein die hier thematisierten Probleme fordern doch die Hauptfrage heraus — auf wen will und kann sich Putin mit seinen ehrgeizigen Plänen stützen, reichen die Mittel und Methoden dazu aus, vor allem wenn man sie auch im Zusammenhang mit der kritischen Bewertung der staatlichen Verwaltung und des Beamtenapparates betrachtet. Welche Rolle wird die neue Machtpartei „Einheitliches Russland“ spielen?

Die gegenwärtige russische Elite spürt offenbar den Druck sozialer Probleme und erkennt deren Einfluss auf den Erhalt der neuen Machtverhältnisse. Daher ihre soziale Demagogie, die Maßnahmen zur sozialen Befriedung, das Spiel mit den nationalen Programmen, die von Putin verkündeten ehrgeizigen Ziele der Wirtschaftsentwicklung um die Lösung sozialer Probleme bis zum Jahr 2020. Diese Ziele auf neo-liberale Weise zu erreichen ist schwer vorstellbar, sie stoßen auf Grenzen der heutigen Eigentumsverhältnisse.

Widersprüchliche gesellschaftliche Entwicklungen

Nicht zu unterschätzen sind die verschiedenen, in der russischen Gesellschaft wirkenden Kräfte und Tendenzen, die zu einer möglichen Zuspitzung der inneren Auseinandersetzungen zwischen den offen prowestlich orientierten Politikern und Oligarchen einerseits und den eher eigene russische nationale Interessen verfolgenden Politik- und Wirtschaftskreisen andererseits.

In der Bevölkerung wirkt der konkrete Vergleich zwischen zwei alternativen Gesellschaftssystemen und fördert den Prozess des Erkennens

der unrühmlichen Seiten des Kapitalismus und der überzeugenden Leistungen des sozialistischen Systems. Der Glaube an das Wesen, an den Kern des sozialistischen Ideals, der oft durch die Ereignisse der letzten Jahre und den medialen Einfluss verschüttet war, festigt sich wieder. Dazu tragen auch tiefe Wurzeln des Gemeinwesens in Russland bei (Mir-Gemeinwesen, Obstschina, Kollektivismus, kulturelle Eigenheiten, eine besondere Art des Glaubens und der Religiosität). Das heißt: in Russland des XXI. Jahrhunderts lässt sich nicht ein Kapitalismus des XIX. Jahrhunderts einführen. Dies ist durch die Praxis selbst, durch die Folgen der dem Land von Jelzin und dem Westen aufgezwungenen Schocktherapie nachgewiesen worden. Bezeichnend sind daher auch die Ergebnisse von Umfragen, wie zum Beispiel die vom soziologischen Levada - Zentrum in Russland vom 12.-15. Oktober 2007 durchgeführte Umfrage, welches politische System besser sei:

- für die westliche Demokratie sprachen sich 19 % der Befragten aus;
- für das heutige System in Russland 27%;
- für das sowjetische System 37 %
- 60% der Befragten waren gegen die Privatisierung von Unternehmen,
- 47 % sind Anhänger gemischter Formen der Plan- und Marktwirtschaft,
- 24 % für eine Rückkehr zur Planwirtschaft.

Auch gegenwärtig lässt sich bei aller Restauration kapitalistischer Verhältnisse nicht eindeutig bestimmen, welche Art von Kapitalismus in Russland herrscht, wie sich bestimmte Übergangprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft und in welchen Zeiträumen diese sich vollziehen werden. Denn bisher wurde mehr zerstört und zugleich das von der UdSSR übernommene große Potenzial verbraucht, als Neues geschaffen. Viele Schritte dienten dem nackten Überleben.

Der russische Staat musste sich vom Würgegriff der Oligarchie befreien und zugleich diese in besonderer Weise „in sich aufnehmen“. Man könnte insofern heute in Russland von einer Synthese, ja einer Symbiose oligarchischer Klans und der Staatsbeamten, administrativer Strukturen sprechen. Staatlich dominierte Monopole wie Gasprom weisen Elemente eines „staatskapitalistischen Wirtschaftsmodells“ aus, das Putin jüngst zumindest auf Dauer ausschloss.

Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich sind die Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen noch weniger dem neuen System angepasst. Vom sowjetischen System übernommene Strukturen wurden mit neuen Vorzeichen versehen: Staatspartei - Machtpartei, Subjekte wie Gebiete und Republiken, administrative, zentrale und örtliche Strukturen wurden mit neuem Inhalt versehen und übernommen, ein großer Teil der Kader, der Wirtschaftsfunktionäre hat sich oder wurde angepasst. Die soziale Klassenstruktur der Sowjetgesellschaft ist weitgehend deklassiert, eine neue nach dem Kastensystem anvisierte ist noch im widersprüchlichen Prozess des Entstehens.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Entwicklung der russischen Gesellschaft in der Gegenwart hat bei aller Widersprüchlichkeit und allen Defiziten zumindest zur Stabilisierung der Staatlichkeit Russlands und zu einem unübersehbaren Wirtschaftswachstum geführt. Sie birgt gleichzeitig ein beträchtliches Konfliktpotenzial in sich.

Das gegenwärtige Russland in der internationalen Arena.

Die Konsolidierung der russischen Gesellschaft sowie die gewachsene Wirtschaftskraft Russlands sind wichtige Voraussetzungen auch für das Agieren des Landes in der internationalen Arena. Dies umso mehr da sich die USA, die NATO und die EU nach Kräften mühen, Russland nicht zu stark werden zu lassen, sondern zu schwächen, es zu einem Rohstoffanhängsel des Westens zu machen und voll in seine „Wertvorstellungen“ zu integrieren.

Mit der relativen Stabilisierung der inneren Lage wuchs das Streben der derzeitigen Elite eigenständige Interessen stärker zu betonen. Es vollzog sich auch ein Prozess der aktiven Anpassung der Außenpolitik des Landes an seine ökonomischen Möglichkeiten, was sich unter anderem deutlich im Bereich der Energiepolitik zeigte. Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf das internationale Geschehen bleiben jedoch weiterhin abhängig von der inneren Stärke Russlands. Insofern gilt es, zwischen selbstbewussten Erklärungen und den praktischen Schritten zu unterscheiden. Kritik an der Politik der USA ist nicht mit einem Übergang auf konsequente antiimperialistische Positionen gleichzusetzen. Angesichts der noch vorhandenen Schwächen, der Auseinandersetzungen zwischen dem prowestlichen Komprado-

renflügel und den eher „patriotisch“ eingestellten Kräften der russischen Elite sieht sich russische Führung gezwungen zu manövrieren. Das heißt es geht der russischen Außenpolitik vor allem darum, die USA und die NATO zur Einhaltung bestimmter Spielregeln zu zwingen und damit Russlands Eigenständigkeit und Gleichberechtigung zu respektieren. Sie ist gekennzeichnet durch Pragmatismus, aktive Vertretung nationaler Interessen im Rahmen einer Diversifizierung außenpolitischer Prioritäten in einer multipolaren Welt, stabile ökonomische gegenseitige Abhängigkeit als wichtiger Faktor internationaler Stabilität bei sinkender Rolle des militärischen Faktors. Gleichzeitig werden nachdrücklich jeglicher Verzicht auf Konfrontation (Konkurrenz statt Konfrontation) betont und die Aggressivitätsvorwürfe zurückgewiesen, sowie für die Lösung von Konflikten der Dialog bevorzugt. Die Suspendierung des KSE- Vertrages über die Reduzierung konventioneller Waffen, die gegensätzlichen Positionen zur Unabhängigkeit Kosovos, zur Raketenstationierung in Polen und Tschechien und anderen Fragen lassen kaum eine ungetrübte und dauerhafte strategische Partnerschaft zwischen Russland und den USA erkennen. Sie lassen neben anderen Faktoren eher eine Bestätigung dafür zu, dass Russlands Positionen zumindest gegenwärtig als eine Art Gegengewicht zum USA und NATO - Kurs wirken. Unverständnis ruft in russischen politischen Kreisen die USA- Gefolgschaft der EU und insbesondere Deutschlands in der Außenpolitik, deren Verzicht auf größere Eigenständigkeit und die Möglichkeit, ein internationales Beziehungssystem vom Pazifik bis zum Atlantik (Eurosibirien) zu schaffen, hervor. Noch in seinem Amt als Präsident Russlands forderte Putin nachdrücklich auch eine längst fällige Reformierung der OSZE.

*

Zum gleichen Thema hat die Tageszeitung „Junge Welt“ am 1./2. März 2008 ein Interview mit dem Autor veröffentlicht.

* V. i. S. d. P. – Helmut Semmelmann, Arbeitskreis „Frieden“ der GBM